

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/25

6. Februar 1976

Deutsche Politik ohne Europa undenkbar

Zu Brandts Entschluß, 1978 für das Europa-Parlament zu kandidieren

Von Horst Seefeld MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments und des SPD-Fraktionsvorstandes

Seite 1 / 28 Zeilen

Die SPD war für sie der Feind

Nachhilfe-Unterricht für Kommunisten und andere

Von Dr. Susanne Miller

Seite 3 und 4 / 93 Zeilen

Der Wähler wurde betrogen

In Niedersachsen erlitt die Glaubwürdigkeit des Parlamentarismus Schaden

Seite 5 / 41 Zeilen

Die Menschen sind abgeschrieben

Die CDU/CSU kennt die Ostverträge nur als "Zahlverträge"

Seite 6 / 29 Zeilen

Der Coup von Baden-Baden

Alle drei Südwest-Sender fest in Hand der CDU

Von Julius Lehibach MdL  
Mitglied des Rundfunkrates des Südwestfunks (SWF)

Seite 7 und 8 / 46 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Eckert

5300 Bonn 32, Hausallee 9-10  
Postfach 130 030  
Postleitzahl 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 32 93 27 - 30  
Telex: 01 21 000 - 46 spba d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 32 96 11

Deutsche Politik ohne Europa undenkbar

Zu Brandts Entschluß, 1978 für das Europa-Parlament zu kandidieren

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments und des SPD-Fraktionsvorstandes

Mit seiner Absichtserklärung vor dem Europa-Kongreß der Europäischen Bewegung in Brüssel, für das Europäische Parlament zu kandidieren, hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt gewissermaßen den Startschuß für die Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Mai 1978 gegeben. Sein Satz: "Ich habe mich entschlossen, als deutscher und europäischer Sozialdemokrat für das Europäische Parlament zu kandidieren", rief bei den Kongreßteilnehmern aus den neun Ländern der Europäischen Gemeinschaft langanhaltenden Beifall hervor. Der Beifall brandete erneut auf, als Brandt hinzufügte: "Von der politischen Verantwortung in meinem Lande entferne ich mich dann nicht, sondern ich unterstreiche im Gegenteil: Deutsche Politik ist ohne Europa nicht denkbar."

Alle, die bisher im Europäischen Parlament als zwar vom Volke für ihr nationales Parlament gewählte und von diesem nach Europa entsandte Abgeordnete tätig waren und sind, müssen sich über Willy Brandts Erklärung freuen. Der Vorsitzende der größten Partei in der Bundesrepublik hat unterstrichen, daß die SPD ihr Europa-Engagement und ganz besonders die bevorstehenden Direktwahlen zum Europäischen Parlament ernst nimmt. Wer, gleich wo, vielleicht bisher mit dem Gedanken gespielt haben sollte, man könne zwar das Europäische Parlament demnächst direkt wählen, brauche ihm aber vorerst noch keine Kompetenzerweiterung zukommenzulassen, wird jetzt umdenken müssen. Willy Brandt hat unmißverständlich klar gemacht, daß Direktwahl und Kompetenzen nicht zu trennen sind.

Brandts Vorstoß, der für das Europa-Parlament allein schon durch die Absichtserklärung, 1978 dafür zu kandidieren, eine weitere Aufwertung mit sich bringt, wird hoffentlich Schule machen. Es wäre für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft wünschenswert, wenn auch führende Politiker anderer Länder und Fraktionen sich für die Mitarbeit im Europäischen Parlament zur Verfügung stellen würden.  
(-/6.2.1976/hgy/e/pr)

+ + +

## Die SPD war für sie der Feind

---

Nachhilfe-Unterricht für Kommunisten und andere

Von Dr. Susanne Miller

"Parteilichkeit" ist das Prinzip kommunistischer Geschichtsschreibung. Es ist daher nur folgerichtig, daß die DKP die "Lehren" aus der Weimarer Republik auf ihre Weise zieht: Sie sollen ihrer gegenwärtigen Kampagne für eine "Aktionseinheit der Arbeiterklasse" dienen. Ein Musterbeispiel dafür ist das vom DKP-Zentralorgan "Unsere Zeit" veröffentlichte Interview mit dem kommunistischen Historiker Josef Schleifstein, der sich zu der Behauptung versteigt, daß die "wichtige historische Ursache" für den Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland die Weigerung der SPD-Führung gewesen sei, auf kommunistische Angebote zur Aktionseinheit gegen den Faschismus einzugehen.

Historiker, ganz gleich welcher politischen Richtung, sind sich einig, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung ein Unglück für die erste deutsche Republik war. Aber der KPD den ernüchterten Willen zur Überwindung dieser Spaltung zuzuerkennen, das ist kommunistische Geschichtsklitterung. Wie sah die Politik der Kommunisten damals tatsächlich aus? Sie waren, was sie selber stets betonten, Feinde des Staates von Weimar, verwarfen die parlamentarische Demokratie und betrachteten die Sowjetunion als ihr Vorbild. Aus Moskau empfangen sie die Direktiven für ihr politisches Handeln. Die enormen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten der neugegründeten Republik verärgerten sie von Anfang an durch lokale Streiks und Putsche. Ihre Opposition gegen die Regierung kam selbst da, wo sie sich gegen wirkliche Mißstände richtete, nicht den leidenden Massen zugute, sondern stärkte die republikfeindlichen antidemokratischen Kräfte.

Wenn heute kommunistische Geschichtsschreiber die Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920 als einen Erfolg des Zusammenwirkens von Sozialdemokraten und Kommunisten preisen, so wirkt das geradezu grotesk: SPD und Freie Gewerkschaften haben den Generalstreik ausgerufen und geleitet! Die Kommunisten waren damals kaum mehr als eine Sekte (im Sommer 1920 erhielten sie bei den Reichstagswahlen 2,1 vH der Stimmen und hatten weniger als 70.000 Mitglieder), zwar gerade stark genug, um Unruhe zu stiften, aber viel zu schwach, um eine große Aktion der Arbeiterschaft entscheidend beeinflussen zu können. Wie wenig bereit sie waren, sich an der Abwehr einer reaktionären Entwicklung zu beteiligen, bewiesen sie bei der Reichspräsidentenwahl im April 1925: Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, der im Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichkanzler ernannte, konnte Friedrich Eberts Nachfolger werden, weil die KPD ihren Vorsitzenden Ernst Thälmann als Kandidaten aufstellte. Die für Thälmann abgegebenen Stimmen fehlten dem von der SPD unterstützten Gegenkandidaten Hindenburgs, der mit ihnen die Mehrheit erhalten hätte.

Trotz der Erklärung der kommunistischen Reichstagsfraktion im Dezember 1924, sie werde "jede beliebige Kombination aus den Parteien deutschnational bis SPD mit derselben Schärfe bekämpfen", tolerierte die KPD in den folgenden Jahren in einigen Kommunal- und Landesparlamenten die SPD. Mit diesem gemäßigten Kurs war es 1928 nach dem VI. Weltkongreß der Komintern in Moskau vorbei. Von da an galten die Sozialdemokraten den deutschen Kommunisten als

"Sozialfaschisten". Führende Repräsentanten der SPD, so der preußische Ministerpräsident Otto Braun und sein Innenminister Carl Severing, waren für die KPD "Wegbereiter des Hitlerfaschismus", die "klar und scharf" bekämpft werden müßten. Wie die KPD aber die Hitlerfaschisten selber "bekämpfte", das zeigen zwei Vorgänge: Im August 1931 beteiligten sich die Kommunisten an dem von Nazis und Deutschnationalen initiierten Volksbegehren zur Auflösung des preußischen Landtags, und im November 1932 entfesselten sie zusammen mit den Nazis einen großen Streik der Berliner Verkehrsbetriebe. Diese Aktionen wurden später von den Kommunisten selbst als Fehler erkannt. Sie waren aber nicht etwa isolierte taktische Irrtümer, sondern Teil der damals auf Geheiß von Moskau verfolgten Strategie.

Gewiß, die KPD propagandisierte in den letzten Jahren der Weimarer Republik die "Einheitsfront" der Arbeiterschaft. Es sollte aber eine Einheit "von unten" sein. Den SPD-Mitgliedern wurde also zugemutet, sich von ihrer Partei zu trennen. In einem Artikel zum 1. Mai 1932 brachte es Thälmann auf die Formel: "Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen die Front wechseln". Andere Formen der "Einheit" wurden von der KP-Führung verurteilt und da, wo sie örtlich praktiziert wurden - etwa durch Aufstellung gemeinsamer Listen von SPD und KPD bei Kommunalwahlen - , als "rechtsopportunistische Abweichungen" gerügt.

Die wachsende NS-Gefahr veranlaßte führende Sozialdemokraten ab November 1931, Versuche zu unternehmen, um zu den Kommunisten ein besseres Verhältnis herzustellen. Sie wurden von der KPD-Führung nicht honoriert. Heute werden von kommunistischer Seite die Bemühungen Rudolf Breitscheids (Mitglied des Vorstandes und einer der Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der SPD, 1944 im KZ Buchenwald umgekommen) um eine Verständigung gerühmt. Damals rannte er, ebenso wie der "Vorwärts"-Chefredakteur Friedrich Stampfer, bei den Kommunisten gegen eine Mauer: Den von den Sozialdemokraten als Bedingung für Verhandlungen vorgeschlagenen "Nichtangriffspakt" lehnten sie selbst noch im Februar 1933, als Hitler bereits Reichkanzler war, ab.

In der ersten programmatischen Erklärung des Exil-Vorstandes der SPD, im sogenannten "Prager Manifest" vom Januar 1934, wird der gemeinsame Kampf von Kommunisten und Sozialdemokraten gegen die Hitler-Diktatur proklamiert. Viele Sozialdemokraten, in Deutschland und im Exil, wünschten und hofften, daß die Kluft in der Arbeiterbewegung überbrückt werden könnte. Für die entsetzlichen Opfer, die viele Kommunisten im Widerstand gegen das NS-Regime brachten, hatten sie die gleiche Achtung wie für die ihrer eigenen Genossen. Aber die 1936 beginnenden Moskauer Schauprozesse, die Einkerkерung und Hinrichtung Hunderttausender von Kommunisten in UdSSR, die Praxis der Stalinisten im spanischen Bürgerkrieg und schließlich der Hitler-Stalin-Pakt ließen die meisten sozialdemokratischen Befürworter einer "Einheitsfront" anderen Sinnes werden.

Die Stalin-Ära gehört der Vergangenheit an, "bewältigt" ist sie jedoch keineswegs. Wenn heute deutsche Kommunisten "Lehren" aus der Geschichte ziehen, ohne die Verbrechen Stalins zu erwähnen, wenn sie die Fehler der KPD als Irrtümer einzelner - dazu noch später "liquidierter"- Funktionäre bagatellisieren, wenn sie für die Spaltung der Arbeiterbewegung allein der SPD die historische Schuld zuschieben, dann zeigen sie nur, daß sie selber seit Weimar gar nichts gelernt haben

(-/6.2.1976)

+ + +

Der Wähler wurde betrogen

In Niedersachsen erlitt die Glaubwürdigkeit des Parlamentarismus Schaden

Was der wählende Bürger in der 29jährigen Geschichte des Bundeslandes Niedersachsen der CDU bisher stets versagte: die Besetzung des Amtes des Regierungschefs, das haben ihr nun Abgeordnete gleichsam durch die Hintertür ermöglicht. Das selbstverständliche Recht des Parlamentariers, bei seinen Entscheidungen nur seinem Gewissen verantwortlich zu sein, ist am Freitag in Hannover von Abgeordneten, die es nicht wagten, ihr Handeln gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten, und stattdessen die politische Aktionsgemeinschaft, in die sie sich vom Wähler delegieren ließen, arglistig täuschten, in schlimmes Ziellicht getaucht worden.

Den Schaden aus dieser Manipulation hat nicht nur die vom Bürger mit einer Mehrheit ausgestattete sozial-liberale Koalition in Niedersachsen, die in politischer Hintertreppen-Manier schnöde hereingelegt wurde, den Schaden hat vor allem unser parlamentarisches System. Seine Glaubwürdigkeit kann von dem niedersächsischen Ränkespiel nicht unberührt bleiben. Der latente Verdacht des Bürgers unserer noch nicht allzu traditionsreichen Demokratie, Politik - egal in welcher Ordnung praktiziert - sei am Ende doch nichts weiter als ein großer Kuhhandel, hat durch das dunkle Treiben von Hannover neue Nahrung erhalten. Es wird großer Anstrengungen aller verantwortungsvollen Kräfte bedürfen, um diesen Vertrauensverlust in den Parlamentarismus wieder auszugleichen.

Da SPD und FDP vor der niedersächsischen Landtagswahl im Juni 1974 eindeutig klargestellt hatten, daß sie eine Regierungskoalition bilden wollen, basiert die durch lichtscheues Handeln zustande gekommene Ministerpräsidentenschaft des CDU-Politikers Dr. Ernst Albrecht auf Betrug am Wähler; wenn dies freilich auch nicht die Schuld des neuen niedersächsischen Regierungschefs ist. Er wird aber nun zeigen müssen, ob es möglich ist, auf einer solchen Grundlage zum Nutzen des Landes zu regieren. Es wird sich herausstellen, ob nicht nach dem Betrug am Wähler durch verantwortungslos Abgeordnete jetzt der Wähler selbst aufgerufen werden muß, um die Situation, die er nicht wollte, zu bereinigen.

Claus Preller  
(-/6.2.1976/va/e/pr)

+ + +

Die Menschen sind abgeschrieben

---

Die CDU/CSU kennt die Ostverträge nur als "Zahlverträge"

Was immer die Unions-Propagandisten noch sagen mögen: Für die CDU/CSU existiert das menschliche Problem, das sich der Bundesregierung bei den schwierigen Verhandlungen mit der DDR, mit Polen und den anderen Ländern immer wieder stellt, nicht einmal mehr andeutungsweise. Die Gesamtpartei ist, wie der CDU-Landesvorsitzende von Hessen, Dr. Alfred Dregger, völlig zurecht feststellte, vollkommen auf seinen Kurs, besser gesagt: auf den Sonthofener Kurs gegangen, den Strauß und Dregger praktizieren.

Die Beteuerungen, die Verträge seien "schlecht ausgehandelt", der Polenvertrag z. B., weil nicht die Hupke-Zahlen Eingang in die Vereinbarungen gefunden haben, sind schlichtweg heuchlerisch, seit die Bundesgeschäftsstelle der CDU im offiziellen Frauenorgan "Frau und Politik" 1/76 klipp und klar hat feststellen lassen: "Ostverträge sind Zahlverträge".

Die Damen der CDU-Frauenredaktion haben die Bemühungen der Bundesregierung (und einiger weniger Abgeordneter der CDU/CSU) um menschliche Erleichterungen ebensowenig erwähnt wie die seither fast selbstverständlich gewordenen Verbesserungen im innerdeutschen Reiseverkehr. Es wird nur aufgerechnet: zu Lasten der Bundesregierung, zu Lasten der betroffenen Menschen.

Wer dieses schwarzweißrote Elaborat liest, muß sich für die Verantwortlichen bei der CDU schämen, wo immer er politisch auch steht. Da werden nur Zahlen genannt, richtige und bestrittene, da wird, beispielsweise bei der Aufrechnung mit der DDR, so getan, als gebe es Leistungen nur von unserer Seite, etwa die gerechtfertigten Zahlungen für den Post- und Bahnbereich und für den Transitverkehr, die auch die CDU/CSU niemals ändern könnte, ohne die Menschen zu treffen.

Wer so mit den Verträgen umgeht, die Dr. Kohl angeblich einhalten will, spielt mit dem Schicksal von weit über hunderttausend Menschen; er betreibt aber auch Politik mit Methoden, die die Weimarer Republik zuletzt den Extremisten auslieferten!

(hb/6.2.1976/ve/e/pr)

+ + +

Der Coup von Baden-Baden  
-----

Alle drei Südwest-Sender fest in Hand der CDU

Von Julius Lehlbach MdL

Mitglied des Rundfunkrates des Südwestfunks (SWF)

Die "Iden des März" finden beim Südwestfunk in diesem Jahr erst im April statt. Der "Brutus" Willibald Hilf, z.Z. Staatssekretär und Leiter der Staatskanzlei des rheinlandpfälzischen Ministerpräsidenten, CDU-Vorsitzenden, Unions-Kanzlerkandidaten und Verwaltungsratsvorsitzender des Südwestfunks, Dr. Helmut Kohl, stößt dann den selbstherrlichen "Cäsar" Helmut Hammerschmidt vom Intendantensessel des Südwestfunks, ohne daß ein liberaler Mark Anton in Sicht wäre.

Eigentlich könnte der bei der Mainzer Staatskanzlei angestellte Narrenpräsident, Rolf Braun, schon am 27. Februar bei "Mainz, wie es singt und lacht" bekanntgeben, daß sein ziviler Chef nach Baden-Baden abwandert und wie dort das Stimmergebnis im April aussehen wird, wenn die würdigen Rundfunkräte ihr Kreuzchen gemacht haben. Er könnte den Narren auch schon zum besten geben, daß für den zum Mainzer ZDF zurückkehrenden Dr. Dieter Stolte ein anderer Dieter Programmdirektor des Fernsehens beim Südwestfunk wird, nämlich der bisherige Hörfunk-Programmdirektor Dr. Dieter Göbel. An seiner Stelle wird dann der Vertreter des SWF in Bonn, Dr. Alois Rummel, die Hörfunkdirektion übernehmen.

Das Polit-Drama ist hervorragend inszeniert. Seit Wochen sind die jungen und egilen CDU-Profis dabei, den gesetzteren Landesvertretern, den Kirchenvännern und Philologen eine konservative Portepae zu fassen und sie für den Hilf zu keilen. Widerständler, denen der Staatsvertragspartner Hilf schon auf dem Sessel des Verwaltungsratsvorsitzenden deplaciert schien, haben in der Zwischenzeit resigniert. Eine absolute Mehrheit konservativer Stimmen wird die absolute Macht der CDU im Funkhaus in Baden-Baden zementieren.

Die Opposition wird auf lange Zeit Sendepause haben und den "linken System-

veränderer, oder wen man denn dafür hält, wird die Hammerschmidtsche Autokratie im Nachhinein als "liberales Gefummel" erscheinen.

Unentschieden ist noch, ob sich der "Cäsar" Hammerschmidt kampflos zum angemessenen Preis geschlagen gibt oder ob er die Ungefragten, die den CDU-Staatsfunk nicht wollen, um sich sammelt und mit ihnen auf Zeitgewinnspielt. Denn theoretisch kann Hammerschmidt noch ein Jahr Intendant bleiben und der neugewählte Intendant Hilfe wäre dann so lange noch sein Verwaltungsratsvorsitzender. Ob allerdings Hammerschmidt, dem man Mut zu Pikanterien nachsagt, noch der Mann ist, eine so perverse Situation ein Jahr lang durchzustehen, bleibt abzuwarten.

Wer nach dem Coup von Baden-Baden neuer Vorsitzender des Verwaltungsrates und des Rundfunkrates des Südwestfunkes wird, steht auch schon fest. Telefonische Anfragen sind an die Mainzer Staatskanzlei unter der Telefon-Nr. 06131/161 zu richten. Gespräche mit gesellschaftlich relevanten Gruppen oder politischen Parteien, die nicht im Komplott sind, werden nicht mehr geführt, um das Arrangement nicht zu stören.

Erwägungen, die drei CDU-Sender des Südwestens aus Gründen der Kostenersparnis zu einer leistungsfähigen ARD-Anstalt zu machen, scheitern am unbezwingbaren Wunsch des Verbrauchers, das gleiche Programm von verschiedenen Sendern angeboten zu bekommen - und an der unwiderlegbaren Tatsache, daß drei CDU-Intendanten eben mehr sind als einer. (-/6.2.1976/va/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller